

Direkte Demokratie – Motor oder Bremse für die Energiewende?

Claudia Löhle

Eine überwältigende Mehrheit von 95 Prozent der Deutschen spricht sich in Umfragen für den Ausbau regenerativer Energien aus (1). Doch gleichzeitig bilden sich immer wieder Bürgerinitiativen, sobald vor Ort der Bau neuer Anlagen geplant ist. Dieser Effekt, der auch als NIMBY (Not in my Backyard) zu Deutsch »nicht vor meiner Haustür« oder St. Florians-Prinzip bezeichnet wird, zeigt sich insbesondere beim Ausbau der Windenergie.

Gegenwind in Schleswig-Holstein

Mit Hilfe direkter Demokratie, also durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, lassen sich Gemeinderatsbeschlüsse für die Ausweisung von Flächen bzw. den Bau von Windenergieanlagen verbindlich wieder aufheben. Besonders im Norden Deutschlands wird von dem Instrument rege Gebrauch gemacht. So kam es nach eigener Recherche im vergangenen Jahr zu neun Bürgerentscheiden zum Thema Windkraft. Davon fanden allein acht in Schleswig-Holstein statt. Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick ernüchternd: In nur zwei der neun Abstimmungen sprachen sich die Bürger/innen pro Windenergie aus.

Dass sich der Protest gerade im Norden ballt, ist nicht weiter verwunderlich, denn die Dichte an Windrädern liegt mit 171 Anlagen pro tausend Quadratkilometer in Schleswig-Holstein weit höher als in allen anderen Flächenländern (2). Das zweitkleinste Flächenland der BRD erzeugte 2011 3.271 von 29.060 MW Windenergie (3). Auf vier Prozent der Fläche Deutschlands wurden somit elf Prozent der Windenergie Deutschlands produziert. Nirgends sonst ist die Windernte ertragreicher. Immerhin kann das Land seinen Stromverbrauch zu über 45 Prozent aus Windenergie decken (4). Der Protest der Gegenwindler/innen bleibt auch 2012 nicht aus: 15 Bürgerentscheide wurden schon durchgeführt. Davon erneut 13 in Schleswig-Holstein. In den Jahren 2009 und 2010 fanden sogar noch mehr Bürgerentscheide zum Thema Windkraft statt (siehe Tabelle). (5)

Tabelle: Bürgerentscheide zum Thema Windenergie 2009 bis 2012 (Stand: 09.05.2012)

	Anzahl Bürgerentscheide	Im Bürgerentscheid Mehrheit pro Windkraft	Im Bürgerentscheid Mehrheit contra Windkraft
2012 (Stand: Mai 2012)	15	6	9
2011	9	2	7
2010	20	4	16
2009	17	9	8

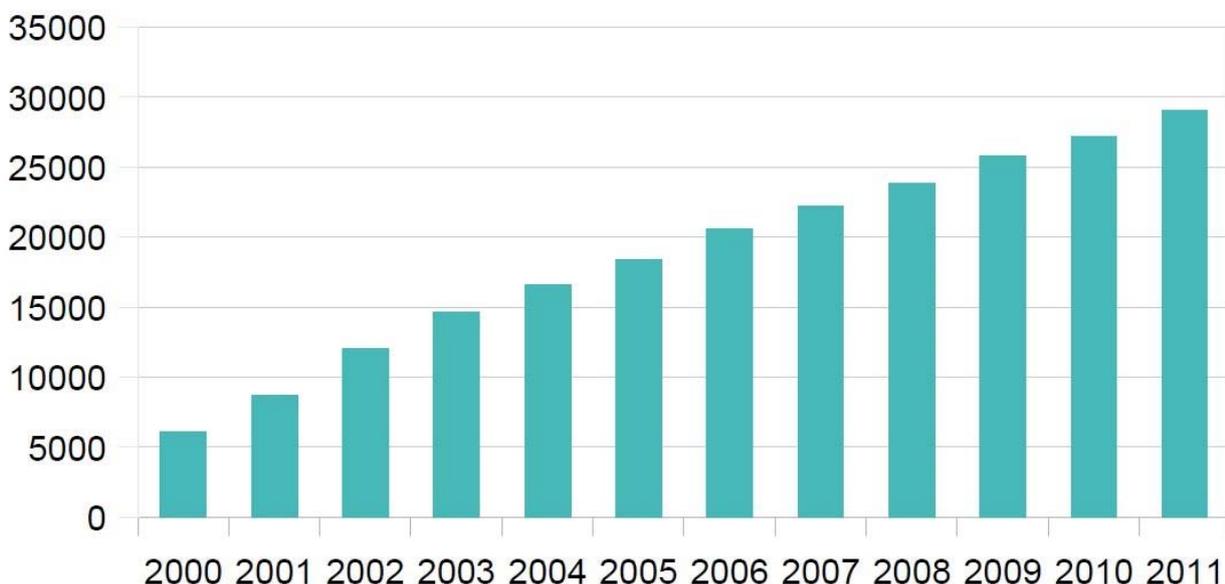
Quelle: BürgerBegehren Klimaschutz (BBK).

Aber wird dadurch der Ausbau der Windenergie im Norden wirklich gebremst oder sogar gestoppt? Die Zahlen sprechen dagegen.

Ausbau an Windanlagen bleibt konstant hoch

Laut dem Bundesverband für Windenergie ist die Anzahl der Windenergieanlagen in Deutschland im Jahr 2011 um 690 gestiegen. 895 Windanlagen wurden neu gebaut, wobei einige alte Anlagen durch neue leistungsstärkere Anlagen ersetzt wurden. Damit konnte die installierte Leistung um 2.085 MW gesteigert werden (siehe Darstellung).

Darstellung: Installierte Windenergieleistung (MW) in Deutschland



Quelle: Erhebungen des Deutschen Windenergie-Instituts (DEWI).

Im Bundesland Schleswig-Holstein wurden im letzten Jahr neue Anlagen mit einer Leistung von fast 300 MW zugebaut. (6) Die Anzahl an Windenergieanlagen stieg dabei bis Ende 2011 um weitere 121 auf 2.705 (7). Stellt man den bundesweit 690 neu gebauten Windanlagen nun die sieben durch Bürgerentscheid unterbundenen Windparkpläne gegenüber, relativiert sich der Eindruck, dass direkte Demokratie den Ausbau erneuerbarer Energien ernsthaft blockiert. Genau wie auf Bundesebene wächst auch im Norden die Anzahl an Windenergieanlagen stetig an (8), obwohl sich in Schleswig-Holstein etwa im Jahr 2010 die Mehrheit der Abstimmenden in 16 Bürgerentscheiden gegen die Windenergienutzung aussprach. Ein Einbruch durch die Anwendung direkter Demokratie ist nicht zu erkennen.

Sehr viele neue Windanlagen rotieren auch ganz ohne Bürgerprotest und in Schleswig-Holstein ist trotz aller Bürgerbegehren die Zustimmung für den Ausbau erneuerbarer Energien sogar noch höher als im gesamten Bundesgebiet. Interessanterweise ist laut Umfragen im nördlichsten Bundesland im vergangenen Jahr die gesellschaftliche Akzeptanz von Windenergieanlagen in der Nachbarschaft sogar gestiegen (9). Bürgerentscheide führen demzufolge auch nicht immer zu einem negativen Ergebnis für den Ausbau erneuerbarer Energien. So haben die Bürger/innen 2009 bis 2012 in 21 der insgesamt 61 Entscheide für den Bau neuer Anlagen gestimmt. Dabei gab es bei den windkraftfreundlichen Bürgerentscheiden in Schleswig-Holstein jedoch meist relativ knappe Mehrheiten pro Windkraft. In Heidenrod (Hessen, 2012) und Rugendorf (Bayern, 2011) haben dagegen satte Mehrheiten von 88 Prozent bzw. 76 Prozent dafür gestimmt.

In den Fällen der Ablehnung ist es von außen betrachtet auch manchmal schwierig einzuschätzen, ob der Protest immer unberechtigt ist. Nicht immer werden die geeignetsten Flächen für die Windenergie ausgewiesen oder profitieren alle Einwohnerinnen und Einwohner im gleichen Maße vom Bau der Windanlagen. Ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit von Politik, Bürgern und Betreibern ist das brandenburgische Mühlenfließ. Dort wurden 16 Windenergieanlagen unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe »Windkraft in Schlalach« geplant. Gleichzeitig ist eine Bürgerstiftung entstanden, die jährlich 50.000 Euro vom Betreiber erhält und das Geld in gemeinnützige Projekte vor Ort investiert.

Eins ist klar: Ohne die Zustimmung der Menschen vor Ort wird die Energiewende nicht gelingen. Das zeigen zum Beispiel auch lokale Heizkraftanlagen, die wirtschaftlich nur rentabel sind, wenn genügend Haushalte bereit sind, sich anschließen zu lassen. Die Gemeinde Hausen (Baden-Württemberg) hatte genau mit diesem Problem zu kämpfen und fand mittels Bürgerbeteiligung einen Weg, Akzeptanz zu erreichen.

»Bürgergutachten« zur Energiezukunft in Hausen

Beim »Bürgergutachten« in Hausen handelte es sich um ein sozialwissenschaftliches Begleitprojekt zur Akzeptanzerhöhung der Nahwärmenutzung. (10) In Hausen existierte bereits ein Erdgas-Blockheizkraftwerk, das jedoch aufgrund mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung nicht wirtschaftlich betrieben werden konnte. Als entscheidende Legitimation für die Durchführung des Bürgergutachtens wurden im Vorfeld alle erwachsenen Einwohner/innen in einer postalischen Bürgerumfrage zu ihrer diesbezüglichen Einstellung befragt. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein Bürgergutachten aus. Insgesamt 29 Personen erklärten sich bereit als Bürgergutachter/innen teilzunehmen.

Nach den Kriterien Geschlechtsrelation, polarisierende Meinungsbilder und teilweise durch Zufallsauswahl wurden daraufhin 15 Bürgergutachter/innen ausgewählt. Im Zeitraum von November 2004 bis Juli 2005 fanden neun Sitzungen der Bürgergutachter/innen statt, aus denen am Ende die Empfehlung zum Bau eines Biogas-Blockheizkraftwerks hervorging. Zur Einbindung der Bevölkerung, die nicht am Bürgergutachten teilnahm, wurden die Ergebnisse der Arbeit immer wieder in Bürgerversammlungen vorgestellt und Protokolle veröffentlicht. Zudem wurden Besichtigungen von Anlagen mit verschiedenen Heiztechniken angeboten. Die Empfehlung aus dem Bürgergutachten wurde schließlich umgesetzt. Anfang 2008 wurde in Rottweil-Hausen ein

Biogasheizkraftwerk in Betrieb genommen, das eine deutlich höhere Anschlussquote zu verzeichnen hat als die vorher defizitäre Erdgasanlage. Im Zuge des Beteiligungsprozesses wurden auch Vorbehalte gegenüber dem lokalen Energieversorger abgebaut. Hohe Anschlussgebühren und Tarife hatten zuvor zum Verdacht geführt, dass das Unternehmen im Gegensatz zum realen Defizit hohe Gewinne einstreichen würde. Nach Offenlegung der Bilanzen und Einsicht in die technischen Voraussetzungen änderte sich dieses Bild. Die Frage wie sich Verfahren der Bürgerbeteiligung und vor allem der direkten Demokratie konstruktiv für Klimaschutz von unten einsetzen lassen, veranlasste eine Gruppe von Umweltaktivist/innen im Jahr 2008 den Verein BürgerBegehren Klimaschutz (kurz: BBK) zu gründen.

BürgerBegehren Klimaschutz

Wie der Name schon sagt, führt der Weg zum Klimaschutz für BBK seitdem über das Engagement der Menschen vor Ort. Der gemeinnützige Verein will zeigen, dass direkte Demokratie vielmehr Motor als Bremse für die Energiewende sein kann. BBK ermutigt dazu lokale Initiativen, ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in Form von Bürger- und Volksbegehren und anderer Formen der Bürgerbeteiligung für die Umsetzung einer klimafreundlichen Kommunalpolitik auszuschöpfen. BürgerBegehren Klimaschutz fördert somit die pro-aktive Anwendung von Bürgerbegehren. So hat der Verein etwa auch zwei Bürgerbegehren in Schleswig-Holstein unterstützt, bei denen sich die Bürger/innen für den Bau neuer Windenergieanlagen in ihrer Gemeinde eingesetzt haben.

Beispiele erfolgreicher Klimaschutzbegehren gibt es mittlerweile einige. In Dachau und Aachen konnte etwa ein Ausstieg der Stadtwerke aus neuen Kohlekraftwerksprojekten erreicht werden. Die Bürgerinitiative Kontra-Kohlestrom engagierte sich 2010 erfolgreich gegen eine geplante Beteiligung der Stadtwerke Dachau an den neu zu bauenden Kohlekraftwerken in Lünen und Krefeld. 62% der Dachauerinnen und Dachauer stimmten im Bürgerentscheid für den Ausstieg der Stadtwerke. Dies war der erste erfolgreiche Bürgerentscheid, in dem sich die Bürger/innen gegen Kohlekraftwerke ausgesprochen haben. Dachau diente wenig später wiederum als Vorbild für die Bürgerinitiative »Saubere Energie Aachen«, die mit Unterstützung der Klima-Allianz und BBK mit einem Bürgerbegehren erfolgreich Druck auf die Aachener Stadtwerke ausübte, aus der Beteiligung am Kohlekraftwerksprojekt Krefeld auszusteigen. Im Januar 2011 gaben die Stadtwerke Aachen bekannt, sich nun nicht mehr am geplanten Steinkohlekraftwerk zu beteiligen. Damit war das Bürgerbegehren bereits im Wesentlichen umgesetzt.

Um die vielen bereits bestehenden Klimaschutzinitiativen bundesweit bekannter zu machen, kürt BBK jeden Monat eine Klimaschutzinitiative des Monats. Dabei werden Bürgerinitiativen ausgezeichnet, die sich vor Ort für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen. Im April fiel die Wahl auf die »Aktion Stadtwerke Stuttgart«, die 27.500 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt hat, damit die Stadt Stuttgart die Wasserversorgung und den Betrieb der Netze für Strom, Gas und Fernwärme wieder in kommunale Hand übernimmt. BBK geht davon aus, dass radikale Umstrukturierungen notwendig sind, um dem »menschengemachten« Klimawandel entgegen zu wirken. Derzeit liegt der Arbeitsschwerpunkt in der Energieversorgung. Hier strebt der Verein einen schnellen Übergang zu einer Versorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energiequellen an. Dabei

zieht BBK lokale/regionale Eigenversorgung zentralistischen Großanlagen vor, die nur noch von verbraucherfernen Konzernen realisierbar sind und neue Abhängigkeiten erzeugen.

Auf dem Weg zur Energiedemokratie

Durch die Anpassung an die Energiewende zeichnet sich in Deutschland eine zunehmende Demokratisierung der Energieversorgung ab. Die Entwicklung führt weg von zentralen meist fossilen Erzeugungsanlagen der vier großen Energiekonzerne hin zu kleinen dezentralen erneuerbaren Energienanlagen. Immer mehr Kommunen decken ihren Strombedarf zu 100 Prozent aus eigens erzeugten regenerativen Energien und Bürgerinnen und Bürger schließen sich zu Energiegenossenschaften zusammen, um nach dem Motto »Klimaschutz selber machen« den Aufbau regenerativer Erzeugungsanlagen in die eigene Hand zu nehmen. Gleichzeitig fordern breite gesellschaftliche Bündnisse in Hamburg, Stuttgart und Berlin mittels Volks- bzw. Bürgerbegehren die Rekommunalisierung der Energieversorgung ein.

In der Hauptstadt gründete sich vor dem Hintergrund des Ende 2014 auslaufenden Strom-Konzessionsvertrags der Berliner Energietisch, ein parteiunabhängiges Bündnis, dem mittlerweile 38 lokale Initiativen und Organisationen angehören. Der Energietisch möchte dafür sorgen, dass die sich nur alle 20 Jahre ergebende Chance zur Rekommunalisierung der Stromnetze genutzt wird. Nach intensiven Diskussionen in insgesamt zwölf Energietischtreffen wurde ein gemeinsamer Gesetzentwurf erarbeitet. Neben der Übernahme der Stromnetze sieht dieser Gesetzentwurf die Gründung Berlin-eigener Stadtwerke als einen modernen, ökologischen und sozialen Energiedienstleister vor.

In der Hauptstadt ist auch noch viel zu tun. Denn beim Ausbau und der Förderung erneuerbarer Energien liegt Berlin im potenzialbereinigten Bundesländervergleich stets auf den letzten Plätzen. Zielvorgabe der vom Energietisch geforderten Stadtwerke ist deshalb, eine 100-prozentige Versorgung Berlins mit dezentral erzeugten erneuerbaren Energien vorwiegend in der Region Berlin-Brandenburg zu fördern. Zentrale Voraussetzungen hierfür sind auch Energieeffizienz- und Energiesparmaßnahmen. Weniger Energieverbrauch soll demnach zentrales Geschäftsziel der Stadtwerke werden. Zudem soll eine neu zu gründende Berliner Netzgesellschaft dafür sorgen, dass die Stromnetze schnellstmöglich für eine zukunftsfähige, erneuerbare und dezentrale Energieversorgung fit gemacht werden.

Volksentscheid zur Bundestagswahl in Hamburg und Berlin

Die Hamburger Bevölkerung hat bereits ein deutliches Zeichen für Energienetze in kommunaler Hand gesetzt. Das Bündnis »Unser Hamburg – Unser Netz« sammelte für ihr Volksbegehren fast doppelt so viele Unterschriften wie benötigt. Diese Mobilisierung ist auch in Berlin möglich, wie der Berliner Wassertisch eindrucksvoll bewiesen hat. Deshalb startete der Berliner Energietisch Anfang März die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren für eine ökologische, soziale und demokratische Energieversorgung in Berlin. Ziel ist, dass die Bürger/innen beider deutschen Großstädte am Tag der Bundestagswahl im September 2013 in einem Volksentscheid über die Energieversorgung abstimmen. In Hamburg ist dies schon sicher. In Berlin ist der Energietisch

auf einem sehr gutem Wege dies umzusetzen: Bereits nach etwas mehr als zwei Monaten der Unterschriften-sammlung haben über 15.000 Berliner/innen das Anliegen unterstützt.

Auch wenn etwa Windkraftgegner/innen medial meist stärker wahrgenommen werden, sollen die genannten Beispiele zeigen, dass direkte Demokratie durchaus als Motor für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Energieversorgung dienen kann. Dort wo sich Protest gegen den Ausbau erneuerbarer Energien bildet, könnte in Zukunft durch Bürgerbeteiligungsverfahren wie im Baden-Württembergischen Hausen zu einer gemeinsamen Lösung gefunden werden.

Anmerkungen

(1) TNS-Infratest (TNS): Umfrage zur Akzeptanz der Erneuerbaren Energien im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien, <http://www.unendlich-viel-energie.de/de/panorama/akzeptanz-erneuerbarer-energien.html>, August 2011.

(2) föderal erneuerbar: Windenergieanlagen pro 1000 km² Landesfläche (2011). http://www.foederal-erneuerbar.de/uebersicht/bundeslaender/BW|BY|B|BB|HB|HH|HE|MV|NI|NRW|RLP|SL|SN|ST|SH|TH|D/kategorie/wind/auswahl/234-windenergieanlagen_p/#goto_234 (abgerufen am 09.05.2012).

(3) Deutsches Windenergie-Institut GmbH (DEWI): Status des Windenergie-nutzung in Deutschland - Stand 31.12.2011. http://www.dewi.de/dewi/fileadmin/pdf/publications/Statistics%20Pressemitteilungen/Statistik_2011_Folien.pdf (abgerufen am 26.01.2012).

(4) Bundesverband WindEnergie: Anzahl der Windenergieanlagen in Deutschland. <http://www.wind-energie.de/infocenter/statistiken/deutschland/windenergieanlagen-deutschland> (abgerufen am 09.05.2012).

(5) Die Autorin erfasst Bürgerentscheide zum Thema Windkraft seit dem Jahr 2009. Andere Quellen bilden Bürgerentscheide zu diesem Thema vor 2009 nur unvollständig ab.

(6) Bundesverband WindEnergie: Installierte Windenergieleistung in Deutschland. <http://www.wind-energie.de/infocenter/statistiken/deutschland/installierte-windenergieleistung-deutschland> (abgerufen am 09.05.2012).

(7) Bundesverband WindEnergie: Windenergie in Schleswig-Holstein. <http://www.wind-energie.de/infocenter/statistiken/bundeslaender/windenergie-schleswig-holstein> (abgerufen am 09.05.2012).

(8) Bundesverband WindEnergie: Jahresbilanz Windenergie 2011. http://www.wind-energie.de/sites/default/files/download/publication/jahresbilanz-facts-go/final_bwe_facts-to-go_o2-2012.pdf (abgerufen am 09.05.2012).

(9) föderal erneuerbar: Gesellschaftliche Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der Nachbarschaft - Windenergieanlagen (2011). Prozentualer Anteil der Antworten »finde ich gut« und »finde ich sehr gut« auf die Frage nach Kohlekraftwerken in der Nachbarschaft. Die Abfrage erfolgte im Rahmen der Umfrage »Akzeptanz Erneuerbarer Energien«, in Auftrag gegeben von der Agentur für Erneuerbare Energien und durchgeführt vom Forsa-Institut bzw. von TNS Infratest. http://www.foederal-erneuer-bar.de/uebersicht/bundeslaender/BW|BY|B|BB|HB|HH|HE|MV|NI|NRW|RLP|SL|SN|ST|SH|TH|D/kategorie/akzeptanz/auswahl/348-akzeptanz_von_energi/#goto_348 (abgerufen am 09.05.2012).

(10) Deuschle, Jürgen/ Renn, Ortwin/ Pfenning, Uwe: Projekt Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung im Gebäudealtbestand (N.E.E.G.A) Projektnummer ZO3K 23003. Sozialwissenschaftliche Begleitforschung. Universität Stuttgart Institut für Sozialwissenschaften. Abteilung für Soziologie V, Lehrstuhl für Umwelt- und Techniksoziologie. Modellprojekt Hausen. Bürgergutachten zur zukünftigen nachhaltigen Energieversorgung in Hausen <http://www.rottweil.de/ceasy/modules/core/resources/main.php5?id=781> (abgerufen am 09.05.2012).

Autorin

Claudia Löhle hat in Greifswald Politikwissenschaften, Öffentliches Recht und Betriebswirtschaftslehre studiert. Seit August 2009 ist sie bei BürgerBegehren Klimaschutz für die Bürgerbegehrensberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Finanz- und Vereinsverwaltung zuständig. Sie ist zudem Mitglied und ehrenamtlich engagiert bei Mehr Demokratie e. V. und Teil des Kampagnenteams des Berliner Energietisches.

Kontakt:

Claudia Löhle
BürgerBegehren Klimaschutz e. V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
loehle@buerger-begehren-klimaschutz.de
<http://www.buergerbegehrenklimaschutz.de>

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de